



Berlin, 13. Juli 2012

### GdP: Verkehrsunfallrisiko durch auffällige Warnhinweise auf Medikamentenpackungen mindern

**Berlin.** Auffällige Warnhinweise auf Medikamentenpackungen können nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) das Unfallrisiko im Straßenverkehr mindern. Vielen Fahrern, so der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, sei nicht bewusst, dass sich rund die Hälfte der verschreibungspflichtigen Medikamente negativ auf die Fahrtüchtigkeit auswirkten. Witthaut: „Das Kleingedruckte auf der Packung oder der oft mit winzigen Buchstaben gedruckte Text des Beipackzettels werden oft übersehen oder missachtet. Auch, wer nur gelegentlich Tabletten einnimmt, kann so zur gravierenden Gefahr für sich und andere werden. Jeder, der eine Pillen-Packung in die Hand nimmt, muss sofort erkennen können, ob er das Auto besser stehen lässt oder sicher fahren kann.“ Ein deutlich sichtbares Ampelzeichen, so der GdP-Vorsitzende, wäre leicht verständlich und ein guter erster Schritt.

Suchtexperten schätzen indes die Zahl der von Medikamenten abhängigen Menschen auf rund 1,4 bis 1,5 Millionen. Etwa vier bis fünf Prozent aller häufig verordneten Arzneimittel böten Suchtpotenzial. Allein im Jahr 2010 betrug die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel 30,2 Milliarden Euro.

Witthaut: „Die Möglichkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen der polizeilichen Verkehrsüberwachung sind arg beschränkt. Vortest-Systeme, die auf eine Einnahme bestimmter Medikamente oder darin enthaltene Wirkstoffe hinweisen, geschweige denn auf Wechselwirkungen, gibt es nicht.“ Auch die Überprüfbarkeit einer nicht bestimmungsgemäßen Einnahme sogenannter „anderer berauschender Mittel außerhalb von Alkohol und illegaler Drogen sei derzeit schwer möglich. Die Straßenverkehrsordnung müsse daher, so der GdP-Vorsitzende, um eine Liste mit in Medikamenten vorkommenden Wirkstoffen ergänzt werden, die die Verkehrstüchtigkeit einschränken.

Der GdP-Vorsitzende forderte zudem eine bessere Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der polizeilichen Verkehrsüberwachung. So solle zunächst ein Leitfaden Verdachtsparemeter für eine Vor-Ort-Überprüfung der Fahrtüchtigkeit infolge von Medikamenteneinnahme definieren. Witthaut: „Vordringlich ist es aber, die Polizei mit zuverlässigen Medikamentenschnelltests auszurüsten.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190